

Gremium: Rat  
Sitzungsdatum: 22.05.2003  
Vorlagennummer: 0449/003

**Betreff: Erhalt und Entwicklung von Flora/Botanischer Garten**

**Beschluss:**

Der Rat beschließt in Hinsicht auf Flora / Botanischer Garten folgende Zielsetzungen:

- Der Botanische Garten / Flora soll dauerhaft erhalten bleiben.
- Die Umweltbildungseinrichtung „Grüne Schule Flora“ zu erhalten.
- Das aus Kostengründen nicht mehr sanierungsfähige Pflanzenschauhaus (Tropenhaus) soll durch ein neues Haus ersetzt werden.
- Die Betriebsstrukturen und Kosten sollen optimiert werden.
- Außendarstellung und Vermarktung sollen im Zusammenhang mit dem Zoologischen Garten konzeptionell optimaler entwickelt werden.
- Die notwendigen Aufwendungen für Investition und Umstrukturierung sollen aus dem Erlös von geeigneten Grundstücksveräußerungen refinanziert werden.
- Diese Zielsetzungen müssen in Übereinstimmung mit dem vom Ausschuss für Umweltschutz und Grün in Auftrag gegebenen „Zukunftskonzept Flora und Botanischer Garten“ geprüft und umgesetzt werden.

Ausgehend von diesen Zielsetzungen wird die Verwaltung beauftragt, folgende Lösungsmöglichkeiten zu prüfen und dem Rat geeignete Maßnahmen zur Zielerreichung vorzuschlagen. Im Einzelnen soll geprüft werden,

1. welche Grundstücke im Umfeld von Flora und Zoo für eine erlösträchtige Veräußerung an private Investoren / Nutzer in Frage kommen und welche Nutzungen unter städtebaulich verträglichen und planungsrechtlichen Aspekten sowie unter Vermeidung von Nachteilen für die Entwicklungspotenziale von Flora / Zoo darstellbar wären.

Hierfür sollen die Grundstücke entlang der Amsterdamer Straße und im Bereich Riehler Straße / Innere Kanalstraße / Alter Stammheimer Weg geprüft werden. Die Prüfung soll ausschließlich für die Grundstücke erfolgen, die nicht zum öffentlich zugänglichen Teil der Flora und des Botanischen Gartens gehören.

2. welche wirtschaftlichen und organisatorischen Vorteile erzielbar wären, wenn eine Fusion der bislang selbständigen Einrichtungen Flora / Botanischer Garten und Zoologischer Garten durchgeführt würde. Dabei sollen in Kooperation mit der Zoologischen Garten AG die Optimierungspotentiale, Aufgabenstellungen, die geeignete Betriebsorganisation und Rechtsform einer gemeinsamen Gesellschaft im Einzelnen

untersucht und dargestellt werden.

Dabei ist das „Zukunftskonzept Flora und Botanischer Garten“ zu berücksichtigen und mögliche Nachteile darzustellen.

3. welche Möglichkeiten für ein gemeinsames Außendarstellungs- und Gesamtvermarktungskonzept für Flora / Botanischer Garten und Zoologischer Garten bestehen, mit dem Ziel, Attraktivität und Besucherzahlen zu steigern.

Dies soll unter der Maßgabe geschehen, dass der Besuch der Flora und des Botanischen Gartens eintrittsfrei bleibt.

4. inwieweit die beiden Umweltbildungseinrichtungen „Grüne Schule Flora“ und „Zoo-schule“ dahingehend optimierungsfähig sind, ob z. B. eine Zusammenfassung in einer Einrichtung unter gemeinsamer Trägerschaft konzeptionell, organisatorisch und wirtschaftlich sinnvoll wäre.

Prüfergebnisse und umsetzungsfähige Vorschläge sollen den zuständigen Ausschüssen und dem Rat bis zum Oktober 2003 vorgelegt werden.

---

**Sachstand:**

Der Freundeskreis Botanischer Garten Köln e.V. bemüht sich weiterhin um die Akquise von Sponsorengeldern. Der angepeilte Zeitrahmen, nach dem die Akquise bis zum Sommer 2007 abgeschlossen sein sollte, konnte jedoch nicht eingehalten werden. Grundsätzlich steht die Beschaffung von Sponsorengeldern durch den Freundeskreis aber nicht in Frage. Nach Abschluss der Akquise soll die Architektenleistung (bis zur Ausschreibung) durch den Freundeskreis beauftragt und finanziert werden.

Gremium: Rat  
Sitzungsdatum: 29.07.2003  
Vorlagennummer: 0920/003 und 1005/003

**Betreff: Reduzierung der Energieverbrauchsmenge bei von der Stadt genutzten Gebäuden infolge einer Geschäftsprozessoptimierung bei der Gebäudewirtschaft**

**Beschluss:**

1. Die Verwaltung wird beauftragt, bei den derzeit stattfindenden organisatorischen Betrachtungen und der Neudefinition der Schnittstellen den Gesichtspunkt der Kostenoptimierung in den Vordergrund zu stellen. Der Geschäftsprozess ist insbesondere durch die Einführung eines Objektmanagements zu optimieren.

Dabei ist dem Thema Energiemanagement mit dem Ziel der nachhaltigen Senkung des Energieverbrauchs Rechnung zu tragen.

Die Betriebssatzung der Gebäudewirtschaft ist in § 1 Absatz 2 so zu ergänzen, dass der Betriebszweck der Gebäudewirtschaft um die Zielsetzung der Minimierung des Energie- und sonstigen Ressourcenverbrauchs bei den von ihr verwalteten Gebäuden erweitert wird.

2. Die Gebäudewirtschaft wird beauftragt, ein Energiesparkonzept zu erarbeiten und dem Ausschuss bis Ende diesen Jahres zu weiteren Entscheidung vorzulegen.

Ziel dieses Energiesparkonzeptes soll es sein, in den nächsten drei Jahren jährlich mindestens 5 % der Energiemenge in den von der Stadt selbst genutzten Gebäudeobjekten einzusparen, um damit im Ergebnis die Energieebenkosten wie auch die Umweltbelastung zu senken.

Diese Zielvereinbarung ist im Wirtschaftsplan 2003 zu berücksichtigen und in den folgenden Geschäftsjahren fortzuschreiben. Die Entlastung für den städtischen Haushaltsplan 2003/2004 ist entsprechend darzustellen. Das Energiesparkonzept soll im übrigen interkommunale Vergleichsdaten im Energiebereich wie auch die Verfahrens-/Vorgehensweise anderer Kommunen aufzeigen.

3. Die Gebäudewirtschaft wird beauftragt, sich bei diesem Kosten- und Energiesparprogramm moderner Methoden des Controllings von Ressourcenverbrauch zu bedienen und eine Transparenz der Nebenkostenentwicklung zu gewährleisten. Auf Basis der laut Werksausschuss-Beschluss vom 21.02.2000 zu ermittelnden Energie- und Wasserverbrauchskennwerte werden jährlich zumindest drei bis fünf Objekte mit den nutzungsspezifisch höchsten Verbrauchskennwerten einer Grob- und darauf aufbauenden Feinanalyse der Einsparpotenziale unterzogen. Daraus ableitbare Sanierungsmaßnahmen werden in einem Investitionskonzept dargestellt. Das Investitionskonzept soll eine Kosten-/ Nutzenbetrachtung und die Amortisationszeit ebenso beinhalten wie eine Wirtschaftlichkeitsbetrachtung von Contracting-Modellen im Einzelfall. Die sukzessive Abarbeitung der Einzelmaßnahmen erfolgt

nach Beschlussfassung durch die politischen Gremien und unter Berücksichtigung der kommunalen Haushaltslage.

4. Im Rahmen des Energiesparkonzeptes ist auch objektbezogen darzustellen, welche energiesparenden Techniken bei Sanierungs- und Neubaumaßnahmen von städtischen Gebäuden der letzten 5 Jahre mit welchem Energieeinsparerfolg zur Ausführung gekommen sind und wo auch bei diesen Maßnahmen ggf. weiteres Optimierungspotential liegt.
5. Parallel dazu sind von der Gebäudewirtschaft geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um eine Verhaltensänderung bei den Mietern bzw. Nutzern mit dem Ziel der Energieeinsparung zu erreichen. Dazu gehören Schulungen und Bonusprogramme für Hausmeister und Dienststellen, Energiesparwochen (E-Fit), Ausweitung des KLASSE-Projekts und eine gezielte Ansprache der Mitarbeiter im Rahmen des betrieblichen Vorschlagswesens. Außerdem soll die Einrichtung von objekt- bzw. dienststellenverantwortlichen Energiebeauftragten geprüft werden.
6. Spätestens nach Ablauf eines Jahres wie auch jeweils für die Folgejahre hat die Gebäudewirtschaft dem Werks-, dem Haupt- sowie dem Umweltausschuss einen Erfahrungsbericht vorzulegen. Dieser Erfahrungsbericht wird jährlich mit einer „Lenkungsgruppe“ abgestimmt, der Vertreter der Gebäudewirtschaft, der Mieter, der Ratsfraktionen und als Berater Repräsentanten der engagierten Fachöffentlichkeit (z.B. Energie-Forum Köln/Agenda) angehören. Die Aufgabe der Lenkungsgruppe besteht in der Begleitung aller Maßnahmen, dem Erfahrungsaustausch und der zielgerichteten und zeitnahen Lösungsfindung bei auftretenden Hemmnissen. Für eine Auftaktveranstaltung soll sich die „Lenkungsgruppe“ erstmals im Herbst 2003 treffen.

#### **Sachstand:**

Am 24.06.2004 wurde der o. g. Ratsbeschluss in der Vorlage des Konzeptes „Aktives Energiemanagement der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln“ inhaltlich umgesetzt. Der Rat der Stadt Köln hat den darin vorgesehenen Maßnahmen, die eine Umsetzung der o. g. Punkte 3. – 6. beschreiben, zugestimmt.

Im Rahmen der Bearbeitung sind alle erforderlichen Schritte durch die Gebäudewirtschaft der Stadt Köln eingeleitet worden, um die vorgesehenen Ziele zu erreichen.

Eine ausführliche Statusbeschreibung erfolgt regelmäßig im Rahmen der jährlichen Energieberichte. Der Energiebericht 2008 wurde im Dezember 2008 dem Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft sowie dem Ausschuss Gesundheit, Umwelt und Grün vorgestellt.

Die weitere Berichterstattung erfolgt mit den künftigen Energieberichten.

Der Beschluss wurde umgesetzt und ist erledigt.

Gremium: Rat  
Sitzungsdatum: 19.06.2007  
Vorlagennummer: A/0107/007, A/0144/007

**Betreff: Erweiterte kommunale Umweltverträglichkeitsprüfung mit umfassendem Gesamtverkehrskonzept für den Kölner Norden**

**Beschluss:**

Um das Belastungsszenario im Kölner Norden zu ermitteln, wird die Verwaltung aufgefordert, für den Bereich, der begrenzt wird - im Norden durch die Autobahn A 1, im Osten durch den Rhein, im Süden bis zum Gürtel und im Westen durch die Autobahn A 57 - eine integrierte Raumanalyse zu erarbeiten. Nach dem bereits in den durchgeführten Raumanalysen für Flittard/Stammheim und Porz sowie Meschenich/Immenhof/Rondorf bewährten Verfahren sollen insbesondere untersucht werden:

- Biotoptypenzuordnung, Biotopvernetzung und Artenschutz
- Klima
- Grundwasser/Versickerung
- Bodengüte
- Luftqualität
- Lärm
- Gefahrenschutz
- Magnetfeldbelastung

Die Ergebnisse der Analyse sollen zu entsprechend aufgegliederten Planungsempfehlungen zusammengeführt werden.

**Sachstand:**

Am 25.06.2008 hat ein Scopingtermin stattgefunden. Die zum Scopingtermin vorgelegten Daten werden zurzeit ausgewertet. Bis zum Sommer 2009 sollen erste Planungsempfehlungen entwickelt werden.

Gremium: Rat  
Sitzungsdatum: 24.04.2008  
Vorlagennummer: AN/0651/2008

**Betreff: Infrastruktur für Poller Rheinwiesen und Rodenkirchener Riviera**

**Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt, für die Poller Rheinwiesen und den Rheinuferbereich „Rodenkirchener Riviera“ ein Konzept für eine dauerhafte Infrastruktur zu erstellen, um die Aufenthaltsqualität für diese stark frequentierten Erholungsgebiete deutlich zu optimieren.

Kernbestandteil dieser Infrastruktur sollen Sanitäranlagen in Verbindung mit einem Kiosk sein. In dem Konzept sollen insbesondere Möglichkeiten aufgezeigt werden, wie notwendige Toilettenanlagen bereitgestellt werden können. Denkbar sind dabei insbesondere die Nutzung vorhandener Anlagen, z. B. in der Bezirkssportanlage Köln-Poll, in dem diese an den Wochenenden im Sommer für die Öffentlichkeit geöffnet werden. Mit dem dauerhaften Betrieb dieser Anlagen soll auch das regelmäßige Einsammeln von Abfall auf den jeweiligen Flächen verknüpft werden.

Aufbau und Betrieb soll unter folgende Maßgaben erfolgen:

- Es sollen feste Bauten für Kiosk und Sanitäranlagen errichtet werden, die sich ästhetisch angemessen in die jeweiligen Gebiete einfügen sollen.
- Die Sanitäranlagen sollen am Kanalnetz angeschlossen sein.
- Es soll für beide Erholungsgebiete ein Gestaltungswettbewerb ausgeschrieben werden, zu dem in Zusammenarbeit mit der Fachhochschule für Architektur Studierende zur Beteiligung aufgerufen werden.
- Die dafür notwendigen Planungs- und Investitionsmittel sind von der Verwaltung zu ermitteln.
- Der Betrieb der Einrichtungen soll als Beschäftigungsförderungsprojekt durch einen Beschäftigungsträger erfolgen, mit dem eine vertragliche Regelung über die zu erbringenden Dienstleistungen geschlossen wird.

**Sachstand:**

Für die Poller Wiesen wurden bereits im Oktober 2008 die vorhandenen Toiletten in dem Gebäude der Bezirkssportanlage im Rahmen einer Bewirtschaftung durch einen Beschäftigungsträger geöffnet. Der Betrieb wird in der kalten Jahreszeit wegen geringer Nachfrage eingestellt und zum Frühjahr erneut aufgenommen.

Als zusätzlicher Standort wird für den nördlichen (Deutzer) Teil der Wiesen geprüft, ob an der Alfred-Schütte-Allee auf einen Grundstücksstreifen der HGK ein Toilettencontainer aufgestellt werden kann und welche Kosten damit verbunden sind. Er soll zunächst für ein halbes Jahr vom Frühjahr bis Spätsommer betrieben werden, um Erfahrungen zu sammeln.

Für die Rodenkirchener Riviera wird derzeit ein Standort an der Uferstraße östlich des Pumpwerks weiter hinsichtlich Kanal-, Wasser- und Stromanschluss, der Kosten und

notwendiger Genehmigungen geprüft. Es ist vorgesehen, im Frühjahr 2009 einen entsprechend gestalteten Toilettencontainer aufzustellen, der durch einen Beschäftigungsträger zunächst ein halbes Jahr bis in den Spätsommer/Herbst probeweise bewirtschaftet wird.

Eingebunden wurden bei der Standortsuche in Rodenkirchen bisher Vertreter der BV und des Rates sowie gezielt Anwohner. Eine weitere Beteiligung wird erst erfolgen, wenn vorgenannte Prüfungen abgeschlossen sind.

Eine abschließende Aussage über die Kosten ist erst möglich, wenn die Prüfungen abgeschlossen sind und damit alle Kalkulationsgrundlagen vorliegen.

Es zeichnet sich aufgrund bisheriger Prüfungen bereits ab, dass hinsichtlich der Genehmigungen und Anschlüsse an den vorgesehenen Standorten keine unüberwindlichen Hindernisse bestehen und durch die Einbindung der Beschäftigungsträger kostengünstige Lösungen möglich sind.

Gremium: Rat  
Sitzungsdatum: 24.06.2008  
Vorlagennummer: AN/1310/2008

**Betreff: Vorbereitung der Bewerbung zur Bundesgartenschau in Köln**

**Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Projektstudie zur Durchführung einer Bundesgartenschau in Köln zu erarbeiten. Hierzu sollen natürlich zunächst Gespräche mit der Deutschen Bundesgartenschau-Gesellschaft hinsichtlich der möglichen Termine und der erforderlichen Bewerbungsvoraussetzungen geführt werden. Darüber hinaus sollen Vorschläge für eine thematische und inhaltliche Ausrichtung sowie für ein Areal zur Durchführung einer Gartenschau ausgearbeitet werden. Dabei soll die Aufwertung und Weiterentwicklung des Kölner Systems der Grüngürtel im Mittelpunkt stehen. Eine Einbindung der Region – aufbauend auf den Projekten RegioGrün der Regionale 2010 - ist anzustreben.

Aufbauend auf den Überlegungen eines Masterplans Innenstadt sollte schwerpunktmäßig der Bereich Großmarkt / Innerer Grüngürtel untersucht werden, um damit eine weitere, für die Stadt ungemein wertvolle, innenstadtnahe Grünfläche zu schaffen und den Inneren Grüngürtel fortzuführen.

Die Machbarkeitsprüfung soll eine Betrachtung der aufzuwendenden Ressourcen (Kostenrahmen, Finanzierung) und eine Zeitplanung für das Gesamtprojekt bis zur Umsetzung beinhalten.

Erste Ergebnisse sollen dem Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün nach der Sommerpause vorgelegt werden. Die Machbarkeitsstudie dient als Entscheidungsgrundlage für die Bewerbung zur Bundesgartenschau, die in 2008 vom Rat getroffen werden soll.

**Sachstand:**

Es ergibt sich kein neuer Sachstand.

alter Sachstand:

Die Verwaltung hat eine Arbeitsgruppe gegründet und sammelt zunächst die Grundlagen zur Durchführung einer Bundesgartenschau entsprechend dem Beschluss.



Gremium: Rat  
Sitzungsdatum: 18.12.2008  
Vorlagennummer: AN/2515/2008

**Betreff: "Strategisches Flächenmanagement - Ausbau von Grünflächen"**

**Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt, Fachausschüssen und Rat zeitnah ein Konzept vorzulegen, wonach aus Veräußerungserlösen der Ausbau von Grünflächen ermöglicht werden soll.

Das Konzept hat zum Ziel die Erlöse aus dem Verkauf städtischer Grundstücke, die von Grün in Gewerbe bzw. Wohnen umgewandelt wurden, das bedeutet, die planungsrechtlich vor dem konkreten Veräußerungsanlass noch nicht als Bauflächen ausgewiesen waren, zum Erwerb von Flächen zu verwenden, die zur Herstellung und zur Vervollständigung von Grünvernetzungen und Grünzügen im Stadtgebiet notwendig sind. Dazu soll ein eigener Haushaltsansatz Grünflächen gebildet werden.

**Sachstand:**

Die Verwaltung ist zur Zeit dabei die Grundlagen für ein Konzept zum "Strategischen Flächenmanagement - Ausbau von Grünflächen" zu erarbeiten.